

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Verlagsort: Dresden.
Verlagsnummer 25241.
Für die Redaktion: 20011.

Bezugs-Gebühr vom 27./10. bis 2./11. 10 Millionen M. Einzelnummer 2 Millionen M.
Anzeigen-Preise. Schlußzahl der deutschen Zeitungen: 24 000 000 x Grundpreis: Die 10 tägige Nummer
des Jahrs Nr. 100, außerhalb Sachens Nr. 120. (Kamellenanzeigen u. Sonderbeilagen
ohne Rabatt Nr. 40, außerhalb Nr. 50, bis 90 mm breite Reklamezeile Nr. 300, außerhalb
Sachens Nr. 400; Dankschreiben Nr. 10. Klausur, Klippzettel gegen Barzahlung.

Schriftleitung und Hauptverlagsstelle:
Markstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Geyers & Reichert in Dresden.
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Das Kabinett Fellsch ohne Mehrheit.

Entscheidung Ablehnung der Regierung Fellsch durch die Deutsche Volkspartei — Verlegung der Regierungserklärung im Landtag — Eisner statt Graupe Arbeitsminister — Ein volksparteilicher Antrag auf Auflösung des Landtages — Bölliger Zusammenbruch der letzten Markflügelung.

Fortdauernde Unsicherheit in Sachsen.

„Es geht etwas vor, man weiß nur noch nicht, was.“ Dieses „etwas“ Wort, durch das bekanntlich der ehemalige sozialdemokratische Volkskullehrer und Reichstagsabgeordnete Sabler „berühmt“ geworden ist, bezeichnet treffend die Lage, wie sie sich augenblicklich aus Anlaß der Reichsregulierung gegen Sachsen gestaltet hat. Hinter den Berliner Kulissen wird verhandelt, kramphast und angestrengt. Man will einen Besonderen am Leben erhalten, der keine Kraft zum Leben mehr in sich hat, die große Koalition. Warum? Weil die Sozialdemokratie in dieser Gruppierung sowohl im Reich wie in Preußen eine Gewährleistung ihrer politischen Macht erblickt, die sie bis zur äußersten letzten Möglichkeit halten und verteidigen will. Die Wirkung dieser Bemühungen ist hier in Sachsen zunächst in einer Verzögerung der Regierungserklärung in Erscheinung getreten. Der neue Ministerpräsident Fellsch scheute sich, seinen Standpunkt festzulegen, bevor in Berlin die Frage, ob die Sozialdemokratie in der Koalition verbleiben solle oder nicht, entschieden war. Das ist zweifellos der tiefere Grund, weshalb es gestern bloß zur Vereidigung im Landtage gekommen ist.

Obne diese Erklärung zu kennen, kann man heute schon sagen, daß die neue Regierung für die bürgerliche Auffassung eine Unmöglichkeit darstellt, weil ihr drei wesentliche Voraussetzungen fehlen, die sie allein halbwegs akzeptabel hätte machen können: 1. Die Zusammensetzung aus lauter neuen, mit dem Fehlen des bisherigen Regimes unmittelbar befaßten Persönlichkeiten. 2. Die Teilnahme bürgerlicher Elemente. 3. Der Beweis des ernsten Willens eines völligen Bruches mit den Kommunisten. Im wesentlichen bleibt in der Bildung der Regierung alles beim alten, bürgerliche sind überhaupt nicht darin vertreten, und wie es mit der reinlichen Zerlegung von den Kommunisten steht, erhebt aus der Begleitmusik der „Dresdner Volkszeitung“ zum Regierungswechsel. Man erkennt daraus ganz deutlich, wie schwer es den Sozialisten wird, sich von den Kommunisten loszusagen. Es wird behauptet, daß ein gemeinsames Arbeiten in der Regierung mit den Kommunisten „leider heute noch nicht möglich sei“, und die Forderung ausgedrückt, daß die Kommunisten durch den Bericht auf Falsch und Verschönerungen die Grundlage für ein dauerndes Zusammenwirken schaffen würden. Also die Sehnsucht bleibt, und der bloße äußere Bericht der Kommunisten auf Gewalttaten soll genügen, um die jetzt getrennten Brüder wieder zusammenzuführen! Das ist bezeichnend. Die wirtschaftlichen und politischen Utopien der Kommunisten, wie sie sich in der Forderung der Kontrolle der Produktion durch die Betriebsräte und in dem Verlangen nach Übertragung politischer Machtbefugnisse auf die Betriebsräte veräußern, die bilden kein Hindernis für die Wiederanknüpfung der Beziehungen! Wo ist dann unter solchen Umständen die geringste Garantie gegeben, daß es jetzt besser wird? Wie ist es möglich, daß auf Grund einer so völlig unsicher gebliebenen Lage ohne weiteres die gegen die sächsischen Zustände gerichtete Reichsverordnung aufgehoben werden konnte?

Es ist selbstverständlich, daß keine zielbewußte bürgerliche Partei sich mit einer derartigen Lösung des Konfliktes zufrieden geben kann. Die Deutschnationalen haben mit herausfordernder Klarheit und Entschiedenheit ihr Verhältnis zu der neuen Regierung zu erkennen gegeben, und die Deutsche Volkspartei hat es ebenfalls deutlich ausgesprochen, und die Berufung von Männern wie Liebmann und Fleißner nur in dem Sinne einer Fortsetzung der alten Regierungsmethode gedeutet werden können. Dann bleibt nur zu wünschen, daß auch die Demokraten sich den schroff ablehnenden Standpunkt gegenüber der neuen Regierung zu eigen machen und daß eine bürgerliche Einheitsfront geschaffen wird, wie sie den Notwendigkeiten der gegenwärtigen Zeitläufte entspricht. Jede Uneinigkeit unter den bürgerlichen Parteien befördert lediglich die Wünsche der Sozialisten und Kommunisten und hindert den Eintritt einer Besserung. Darum muß jeder Schritt, den jetzt die Bürgerlichen in Sachsen auf dem für sie so brennend gewordenen Pfade der Politik tun, von dem Bewußtsein geleitet sein, daß volle, ungekürzte Einigkeit untereinander für sich das oberste Gesetz der Stunde ist.

Die ganze Lage ist völlig ungeklärt und kann auch dadurch nicht geklärt werden, daß in Berlin vielleicht die innerlich unheilbar morsche und brüchige große Koalition noch einmal scham durch allerlei vieldeutige Klauseln zusammengeklebt wird. Die Verhältnisse schreiben förmlich nach einer Klärung durch die Auflösung des Landtages, da nur durch die Befreiung der Wähler seine Bahn geschaufen werden kann. Die Falsch, daß die sächsischen Zustände ohne eine solche durchgreifende Maßnahme nicht zu sanieren sind, wird sich wohl bald in so zwingender Weise durch die weitere Entwicklung zur Geltung bringen, daß selbst die größte Furcht der Sozialdemokratie vor dem Urteil des Volkes die Auflösung nicht mehr zu hindern vermag. Die sozialdemokratische Furcht ist nicht begründet, da sich immer klarer herausstellt, daß der sozialistische Vorkurs nicht mehr austräglich genug ist, um die Wähler bei der Stange zu halten. „Wenn nicht alle Be-

obachtungen täuschen“, schrieb dieser Tage die „Rdn. Sta.“, „haben die großen Schichten der ernsthaften Arbeiterschaft die sozialistisch-kommunistische Mißwirtschaft heraldisch takt und schenken sich nach Befreiung von dem Terror der juaendlichen Schreckhölle und nach Ruhe, Ordnung und Wahrhaftigkeit.“ Das Plado des Generalstreiks kann dazu dienen, diese Auffassung zu bekräftigen. Um so mehr Grund haben die bürgerlichen Parteien, der Entscheidung der Wähler mit Auversicht entgegenzusehen; eine Zuversicht, die um so weniger entäußern wird, je mehr eine bürgerliche Partei sich durch unbeeinträchtigt Zielbewußtsein in der Vertretung der bürgerlichen und nationalen Interessen das allgemeine Vertrauen zu sichern verstanden hat und noch versteht.

Die Vereidigung des Kabinetts im Landtag.

66. Sitzung.

Dresden, den 1. November 1923.

Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung steht die Vereidigung des Ministerpräsidenten und die Abgabe einer Regierungserklärung. Die öffentlichen Tribünen sind lange vor Beginn der Sitzung, die auf 8 Uhr abends festgesetzt ist, gänzlich überfüllt. Die Parlamenten wurden auf eine harte Probe gestellt. Man berät offenbar noch den Inhalt der Regierungserklärung. Wie man hört, soll ein Satz bei den Demokraten schwere Bedenken erregt haben. Erst 20 Minuten nach 8 Uhr löst die Guppe durch das Haus, die die Abgeordneten in den Saal rufen.

In dem Regierungsdienste nehmen Platz Ministerpräsident Fellsch und einige der bisherigen Minister. Auch der Stadtverordnete Eisner zeigt sich im Saale, der, wie man hört, an Stelle von Graupe zum Arbeitsminister ernannt werden soll.

Die Sitzung beginnt mit einer Erklärung des Abg. Birth (Soz.), in der Stellung genommen wird gegen die Behauptung des Abg. Wöltcher (Komm.) in der letzten Sitzung, daß Sozialdemokraten mit den Kommunisten gegen ihre Parteigenossen konspiriert hätten, in der eigenen Partei, die sich mit den Kommunisten verbündet hatte. Die sozialdemokratische Fraktion erklärt gegenüber dieser Behauptung, daß sie diese als Verleumdung bezeichnen müsse, solange die Abg. Wöltcher nicht den Beweis dafür erbringe.

Abg. Bentler (D. V.): Ich spreche meine Verwunderung darüber aus, daß, nachdem in der letzten Sitzung verhandelt worden war, die Vereidigung des Herrn Ministerpräsidenten Fellsch heute am Dienstag statt, wir heute durch ein Telegramm für abends 8 Uhr eingeladen worden sind. Ich kann nicht recht begreifen, warum die Vereidigung solche Eile hat und daß man dafür Millionenkosten aufwendet.

Wir widerprechen der Vereidigung, weil wir der Ueberzeugung sind, daß Herr Fellsch nicht Ministerpräsident ist. Die Frage auf Nichtigkeitsklärung dieser Wahl wird morgen beim Staatsgerichtshof einereicht.

Ich weise darauf hin, daß, wenn heute die Vereidigung erfolgt und Herr Fellsch daraufhin Regierungsverhandlungen vornimmt, alle diese nichtig sind. Ich weise den Herrn Reichskommissar darauf hin, daß es seine Pflicht ist, die Gültigkeit dieser Wahl gründlich zu prüfen und sich zu überlegen, ob die Regierung wirklich eine zu Recht bestehende ist. Solange das nicht der Fall ist, muß der Auftrag des Reichspräsidenten an den Reichskommissar zu Recht bestehen.

Wir beantragen die Aussetzung der Vereidigung, bis die Entscheidung des Staatsgerichtshofs erfolgt ist.

Abg. Dr. Kaiser (D. V.): Wir sind natürlich auch über- rascht worden durch die Einladung, aber über die Zulässigkeit sind keine Bedenken zu erheben.

Ich bitte Sie nun, meinem Antrag zuzustimmen, daß die Vereidigung heute nicht vorgenommen wird, und die Regierungserklärung nicht erfolgt, weil vorgestern abend noch Dinge eingereicht sind, die eine weitere Klärung dringend erfordern. (Zuruf von den Kommunisten: Der Subhandel ist wohl noch nicht abgeschlossen?) Die Wahl ist erfolgt mit 46 Stimmen. (Murren links.) Die Regierung hat also keine Mehrheit. Wenn wir der Meinung sind, daß in Sachsen jetzt alles darauf ankommt, wirklich geklärte Verhältnisse herbeizuführen und nicht einen Zustand, der noch eben keine Klärung ist, dann ist es nicht anders möglich, als heute abend die Vereidigung des Ministerpräsidenten, dessen Wahl von vornherein auf schwachen Füßen steht, zu unterlassen und die Situation weiter zu klären durch Verhandlungen. Sie können natürlich nicht erfolgen unter dem dauernden Druck einer bevorstehenden Plenarsitzung. Dann werden einige Tage gebraucht. Ich bitte, die Vertagung zu beschließen.

Abg. Siemer (Komm.) sagt gegenüber der Erklärung der sozialdemokratischen Fraktion u. a. folgendes: Wir stellen fest, daß es die Arbeiter sehr gut verstehen, wenn man Berater an der Arbeiterklasse gegenüber keine Erklärungen abgibt. In den Anträgen der Abg. Bentler und Dr. Kaiser haben wir nur das zu unterstreichen, was bereits unter Fraktionsmitglied Wöltcher gesagt hat, daß nach dem in Sachsen bestehenden parlamentarischen Kräfteverhältnis nur eine sozialistisch-kommunistische Koalition in Frage kommen kann. Wir beteiligen uns an dem Komödientenspiel, das jetzt von den Bürgerlichen wieder aufgeführt wird, nicht. Die Deutsche Volkspartei will die

Sozialdemokraten für die große Koalition in Sachsen bewegen. Sie hätte den Subhandel vorher abmachen müssen. Die Kommunisten verlassen den Saal.

Abg. Dr. Seyfert (Dem.) spricht sich gegen die Vertagung aus. Wir glauben nicht, daß durch weitere Verhandlungen eine Klärung erfolgen kann. Eine Klärung kann allein die praktische Politik bringen, die die neue Regierung treibt. Danach wird sich auch unser Verhältnis zu ihr richten. Wir haben unsere Forderungen aufgestellt und werden an diesen festhalten. Ich habe aus den Worten des kommunistischen Abgeordneten die Sehnsucht nach den Verhältnissen herausklingen hören, die wir soeben verlassen haben. Ich gebe der bestimmten Hoffnung Ausdruck, daß diese Sehnsucht nicht erfüllt wird. (Ja, recht!) In der außerordentlich ernsten Situation, in der sich das Reich befindet, nehmen wir für uns in Anspruch, daß unsere Entscheidungen so durchdacht und überlegt sind, daß sie nach und nach in die Tat umgesetzt können. Den Einspruch, der von den Deutschnationalen gegen die Wahl erhoben wird, können wir nicht als berechtigt anerkennen. Wir sollten uns doch entschließen, jetzt mit den Tatsachen sich abzufinden und nunmehr zur positiven Arbeit überzugehen. Wir haben Zeit, alles das, was von der Regierung kommt, kritisch zu prüfen. (Zuruf rechts: Was erwarten Sie von dieser Regierung?)

Abg. Dr. Kaiser (D. V.) nimmt auch für seine Fraktion in Anspruch, daß das, was sie getan hat, wohl durchdacht ist. Ich weise darauf hin, daß wir allerdings am Dienstag nicht bereit erklärt haben, mit Rücksicht auf die Verhältnisse im Reich so weit zu gehen, daß wir uns auch mit einer sozialistischen Minderheitsregierung abfinden wollten unter der Bedingung, daß uns die Zusammensetzung des Ministeriums in den Personen Gewähr bietet, daß es nicht ein verkapptes kommunistisches Ministerium ist. Diese Bedingungen sind nicht erfüllt worden, und wir haben es daher abgelehnt, den Ministerpräsidenten Fellsch mit zu wählen. Sie wissen, wie schwer die Verhandlungen gewesen sind mit den Herren, die von Ihrer Seite von Berlin nach Dresden gekommen sind. Es hat sich nun ergeben, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion eine ganz andere Haltung eingenommen hat. Unter diesen Umständen müssen wir unsere Stellung revidieren.

Die Voraussetzungen vom Dienstag sind gefallen.

Wir müssen andere Sicherungen haben, die uns vor Ueber- raschungen schützen. Es kommt darauf an, daß die ernste Arbeit nicht vom ersten Tage an unumhüllig gemacht wird.

Abg. Dr. Seyfert (Dem.): Die Deutsche Volkspartei hat ja die Wahl des Ministerpräsidenten mit ermöglicht.

Abg. Dr. Kaiser (D. V.): Wir haben das widerliche Komödientenspiel der Deutschnationalen und Kommunisten am Dienstag nicht mitgemacht. (Stürmischer Widerspruch bei den Deutschnationalen.) Wir haben die Situation für ernst gehalten. Mit geschäftsordnungsmäßigen Mitteln kann man großen Entscheidungen nicht ausweichen. Eine Finanz- schiebung der Wahl wäre gar nicht in Frage gekommen. Durch unsere Entfernung aus dem Saale wäre die Wahl nicht verhindert worden.

Präsident Winkler: Ich nehme an, daß Sie die deut- schnationale Fraktion nicht beleidigen wollten, sondern nur das wiederholen wollten, was der kommunistische Sprecher aus- führte. (Heiterkeit.)

Abg. Bentler (D. V.): Ich weise den Vorwurf Dr. Kaisers als mir unverständlich zurück. Unsere Haltung war kein Komödientenspiel, vielmehr die Haltung der Mehr- heitsparteien, die jenseit die Wahl des Ministerpräsidenten okkupierte, obwohl sie nicht auf der Tagesordnung stand. Die Deutsche Volkspartei konnte mit uns herausgehen. Es hätte auch in einer zweiten Sitzung die Wahl nicht er- folgen können. (Unruhe.)

Sie werden erleben, daß Herr Fellsch wieder von seinem Platze herunter muß.

Ich bitte, meinem Antrage zuzustimmen. Die Anträge der Abg. Bentler und Dr. Kaiser werden gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Demo- kraten abgelehnt.

Die Deutschnationalen verlassen den Saal. Darauf erfolgt die

Vereidigung des Ministerpräsidenten.

Er leistet den Eid, indem er bei erhobener rechter Hand die Worte spricht: „Ich schwöre Treue der Landesverfassung.“ Die Sitzung wird auf eine halbe Stunde vertagt, um dem Ministerpräsidenten, wie Präsident Winkler sagt, Gelegen- heit zu geben, das Kabinett zusammenzustellen und die Minister zu vereidigen.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung gibt Ministerpräsident Fellsch folgende Erklärung ab:

Nachdem ich meinen Eid geleistet und damit mein Amt als Ministerpräsident angetreten habe, habe ich zu weiteren Mitgliedern der neuen Regierung des Freistaates Sachsen die folgenden Herren berufen:

- Minister Liebmann als stellvertretenden Ministerspräsidenten und Minister des Innern,
- Minister Seidt als Finanzminister,
- Minister Fleißner als Minister für Volksbildung,
- Minister Ren als Justizminister,
- Gewerkschaftssekretär Eisner als Arbeitsminister.

Alle diese Herren haben sich zur Annahme des Amtes bereit erklärt. Ueber die Neubestellung des Wirtschafts- ministeriums sind die Verhandlungen noch nicht zum Abschluß gekommen. Ich werde deshalb vorübergehend die Leitung des Ressorts selbst mit übernehmen.“

Dollar (Amtlich): 130 000 Millionen